

Hamburg, 25.08.2025

Bundesverband für Türkisch und Mehrsprachige Bildung (BTMB) kritisiert Sprachverbote an Schulen:

„Mehrsprachigkeit ist ein Recht, keine Strafe“

Der Bundesverband für Türkisch und Mehrsprachige Bildung (BTMB) warnt zum Beginn des neuen Schuljahres davor, dass Kinder mit Migrationshintergrund in Schulen nicht dafür bestraft werden dürfen, wenn sie ihre Herkunftssprachen sprechen.

Fälle aus den vergangenen Jahren zeigen, dass diskriminierende Praktiken wie Strafarbeiten für das Sprechen der Muttersprache noch immer vorkommen.

„Solche Maßnahmen sind diskriminierend, rassistisch und pädagogisch vollkommen falsch“, sagt der BTMB-Bundesvorsitzender Orhan Güner. „Sprachverbote verletzen die Würde der Kinder, widersprechen den Kinderrechten und stehen im Widerspruch zu den Grundwerten unseres Bildungssystems.“

Der BTMB fordert daher:

- Klare Richtlinien und Fortbildungen für Lehrkräfte zur Entwicklung einer diskriminierungsfreien und respektvollen Schulkultur,
- Verbindliche Maßnahmen zur endgültigen Abschaffung von Sprachverboten an Schulen,
- Die Stärkung von Mehrsprachigkeit als festen Bestandteil des Bildungssystems und als demokratischen Wert,
- Rechtlichen Schutz für betroffene Kinder und Eltern gegen diskriminierende Praktiken.

„Kinder dürfen nicht wegen ihrer Herkunftssprachen bestraft werden. Schulen müssen Orte der Anerkennung, nicht der Ausgrenzung sein. Wir setzen uns weiterhin nachdrücklich für Schulen ein, die Vielfalt anerkennen und Mehrsprachigkeit als Chance begreifen. Kinder sollen nicht für ihre Sprachen sanktioniert, sondern in ihrer sprachlichen und kulturellen Identität gestärkt werden“, erklärt die BTMB-Co-Bundesvorsitzende Bilge Yöreñ.

Sprache verbindet – sie darf nicht als Mittel der Ausgrenzung missbraucht werden!

Bilge Yöreñ
Orhan Güner
Kontakt:btmb@info.net